

Hamburger Forum

Rundbrief 6-22

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

15. September 2022

die beiden großen bundesweiten Zusammenhänge der Friedensbewegung, die Kooperation für den Frieden und der Bundesausschuss Friedensratschlag, rufen für den 1. Oktober auf zu einem bundesweiten Aktionstag gegen Aufrüstung und Krieg. Wir beteiligen uns daran mit einer Demonstration in Hamburg. Auch aus dem Umland wollen einige Gruppen zu unserer Demo in Hamburg dazustoßen:

Frieden! Abrüstung! **Demonstration, Samstag, 1. Oktober, 12 Uhr** **Bahnhof Altona, Ottenser Hauptstraße**

Unser Flugblatt für die Demonstration liegt dem Rundbrief bei. Eine Druckvorlage findet sich auch auf unserer Website. Wenn ihr größere Mengen benötigt, meldet euch, um das zu besprechen. Für Gruppen aus dem Umland, die vor Ort keine eigenen Aktivitäten organisieren können oder wollen und daher in Hamburg mitdemonstrieren wollen, gibt es ein Flugblatt mit dem bundesweiten Aufruf. Dieses ist auf einer Seite gestaltet, sodass auf der Rückseite Platz für eigene Gedanken ist. Ihr könnt es ebenfalls über unsere Website beziehen: www.hamburgerforum.org/seite/375054/veranstaltungen-und-aktionen-des-forums.html.

Schon eine Woche vorher findet wieder ein Klimastreiktag von Fridays for Future statt, den wir unterstützen. Friedensbewegte können sich an der Nikolaikirche zu Beginn der Demo treffen. Die Bundesregierung hat der Bekämpfung Russlands alles untergeordnet und jegliche Klimaziele damit de facto aufgegeben. Mit der Klimademonstration richten wir uns dagegen, Investitionen in fossile Energien zu tätigen:

Für Klima und Gerechtigkeit

Erneuerbare statt Fracking, Kohle und Atom!

Freitag, 23. September, 14 Uhr, Willy-Brandt-Straße

Die Investitionen in fossile Energien sind ökonomisch unsinnig und ökologisch wahnsinnig. Stattdessen sollten die Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden und Nordstream 2 ans Netz gehen. Dann müsste niemand frieren und es könnten Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen.

Die Bundesregierung hat aber eine andere Agenda. Sie unterstützt den Kriegskurs der USA, mit dem diese ihre Position als Weltmacht Nummer 1 mit allen Mitteln verteidigen wollen. Durch die militärische Unterstützung der Ukraine und durch Wirtschaftssanktionen hoffen sie, Russland ruinieren zu können, um dann freie Bahn gegen China zu haben. Zur Weltkriegsgefahr und den sich daraus resultierenden Aufgaben der Friedensbewegung findet ihr einen Text von Lühr Henken im Rundbrief.

Zudem dokumentieren wir die Rede von Christin Bernhold zum Ukrainekrieg, die sie auf der Antikriegstagsdemonstration gehalten hat. Weitere Reden vom Antikriegstag findet ihr in unserer Website.

Wer sich in Hamburg kontinuierlich engagieren will, kann dies auch auf unseren Sitzungen tun, wo wir unsere Politik und Aktionen diskutieren:

Dienstag, 4. und 18.10., 18 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15

Die Treffen werden momentan hybrid durchgeführt; wenn ihr nicht ins Curiohaus kommen, sondern per Zoom teilnehmen wollt, meldet euch, damit wir euch die Einwahldaten mitteilen können.

Mit antimilitaristisch-pazifistischen Grüßen

Markus Gunkel

Dr. Christin Bernhold, Bildung ohne Bundeswehr (BoB), am 1.9. bei der Antikriegstagsdemonstration des Hamburger Forums

Gegen Moralisation, Doppelmoral und Kriegsideologie

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Mehr als ein halbes Jahr ist vergangen, seit die russische Regierung ihren Angriff auf die Ukraine gestartet hat. Russland hat damit den dort seit 2014 herrschenden Bürgerkrieg – und den seit Jahren von den westlich-kapitalistischen Zentren angeheizten Konflikt zwischen der NATO und Russland – zu einem ausgewachsenen Krieg eskaliert. Dieser Krieg ist, wie jeder Krieg, eine Katastrophe! Von Tag zu Tag produziert er mehr Leid und Tod und eine gewaltige Zerstörung sozialer und ökologischer Lebensgrundlagen.

Das kapitalistische, von Oligarchen dominierte Russland versucht in der Ukraine jetzt militärisch, wozu es dort politisch und ökonomisch nicht mehr in der Lage ist. Es zeigt, im Sinne eigener Sicherheitsinteressen und im Sinne geostrategischer Interessen der herrschenden Klasse Russlands: Es ist nicht bereit, hinzunehmen, dass sich das Herrschaftssystem der NATO bis in die Ukraine erstreckt.

Wir sind heute, am Antikriegstag, hier und sagen: Dieser Krieg muss sofort beendet werden!

Nach mehr als sechs Monaten schwerer Kämpfe ist allerdings kein baldiges Ende in Sicht. Es sieht vielmehr alles danach aus, dass in der Ukraine ein langjähriger, zermürbender Stellungs- und Abnutzungskrieg mit vielen Opfern geführt wird, in dem die russische Armee gegen von den NATO-Staaten unterstützte ukrainische Bataillone kämpft. Auch das Potenzial für eine Eskalation über das Territorium der Ukraine hinaus darf nicht unterschätzt werden.

Anstatt aber nun alles dafür zu tun, dass dieser Krieg durch Verhandlungen beendet wird, ist die deutsche Bundesregierung ganz direkt an ihm beteiligt. Sie setzt alles daran, dass er fortgesetzt wird – zum Beispiel durch Waf-

fenlieferungen an die ukrainische Regierung im Bund mit faschistischen Kräften. Und auch durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten an Luftabwehrpanzern hier in Deutschland.

Es wird immer offensichtlicher, dass die NATO-Staaten kein Interesse an einem schnellen Frieden haben. Sie wollen die größtmögliche Schwächung Russlands. Die tarnfarbengrüne Außenministerin Annalena Baerbock hat es mit Bezug auf das Sanktionspaket gesagt: Das Ziel ist, Russland zu ruinieren. Und dafür soll bis zum letzten Ukrainer gekämpft werden.

Wir müssen deshalb hier, in Deutschland, gegen die Politik der Bundesregierung kämpfen: Was die rot-grün-gelbe Koalition Friedenspolitik nennt, ist imperialistische Kriegspolitik!

Moralisierung, Doppelmoral und Kriegsideologie

Zum 31. Unabhängigkeitstag der Ukraine zitierte NATO-Generalsekretär Stoltenberg letzte Woche den nationalistischen ukrainischen Dichter Taras Schewtschenko: „Unsere“ Ukraine werde von „bösen Menschen“ angegriffen. Dass „wir“, die „Guten“ einen Krieg gegen „das Böse“ führen, wie Markus Lanz es neulich in seiner Talkshow formulierte, ist hierzulande die dominante Deutung dieses Krieges.

Die gleich ausgerichteten Medien sind sich einig: „WIR“ unterstützen „die Ukraine“, um unsere Werte (was soll das eigentlich sein?), unsere Demokratie, Freiheit und Menschenrechte gegen „Putin“ zu verteidigen. Seit SPD-Kanzler Olaf Scholz die sogenannte „Zeitenwende“ ausgerufen hat, wird diese Deutung auf allen Kanälen verbreitet. Kriege, wie etwa im Jemen, die schon lange geführt werden, sind dagegen „kaum eine fünfzeilige Meldung in der Zeitung wert, auch wenn dort nicht weniger Menschen sterben als in der Ukraine“ (Erhard Crome).

Dabei ersetzen im politischen Diskurs eine maximale Emotionalisierung und Moralisation die Analyse von Kriegsursachen und -interessen. Nicht ohne Doppelmoral, natürlich. Letzte Woche verkündete Scholz: „Unsere Grenzen und Herzen bleiben offen für Alle, die vor Russlands Terror fliehen müssen“. Die Opfer des westlichen Imperialismus, die militärisch davon abgehalten werden, in die EU zu gelangen, interessieren ihn freilich nicht – ebenso wenig wie die Opfer der zunehmend autoritären Politik und faschistischer Organisationen in der Ukraine. (Ist das Teil „unserer Demokratie“?)

Kaum jemanden stört es, wenn Scholz seine Rede



Antikriegstagsdemo 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)

zum ukrainischen Unabhängigkeitstag mit „Slava Ukrajin“ beendet – dem Schlachtruf der seit 1943 vom Nazi-kollaborateur Bandera angeführten Ukrainischen Aufständischen Armee! Aber uns stört das, liebe Freundinnen und Freunde!

Gepaart wird die deutsche Kriegseteiligung mit der dreisten Lüge, Russland habe wieder Krieg in das zuvor friedliche Europa gebracht. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat zum Beispiel in seiner Grundsatzrede zur „Zeitenwende“ – wie viele andere auch – mal eben den völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien aus der Geschichte gestrichen, und er hat behauptet: „Unsere Friedensordnung basierte viele Jahrzehnte auf dem Glauben an die Unverrückbarkeit von Grenzen, an staatliche Souveränität, alles gegossen in Verträge und internationales Recht (...).“ Wenn Deutschland und die NATO Krieg führen, ist das also „unsere Friedensordnung“. Wenn andere es entgegen den Interessen des deutschen Imperialismus machen, handelt es sich um einen „völkerrechtswidrigen Krieg“.

Was Baerbock, Scholz und Co. so stört, ist doch nicht, dass der Krieg Opfer fordert – sondern dass Russland das alleinige Vorrecht der USA und ihrer Verbündeten infrage stellt, die Welt mit Gewalt und völkerrechtswidrig nach ihrem Gutdünken zu ordnen.

Friedenspolitik heißt laut SPD und Grünen heute „mehr deutsche Truppen an der Ostflanke der NATO“ und Aufrüstung der BRD als Partner der USA in der NATO und vermehrt auch als Führungsmacht in der EU. Und damit auch die Wählerbasis der Grünen mitläuft, heißt deutscher Imperialismus jetzt „feministische Außenpolitik“. Das ist praktisch: Wenn man Putins „militarisierte Männlichkeit“ zur Kriegsursache erklären kann, muss man nicht vom imperialistischen Weltsystem und den entsprechenden Interessen der USA, Deutschlands und Russlands reden.

Diese Doppelmoral des westlichen Imperialismus stinkt zum Himmel. Die Bilder aus dem Krieg in der Ukraine rufen natürlich zu Recht Mitleid hervor – dieser Krieg IST schrecklich für Menschen und alle Lebewesen. Aber WIR wollen nicht, dass das Mitleid für eine Politik instrumentalisiert wird, die die Zeichen auf MEHR Krieg stellt – nicht auf weniger.

WIR wollen den Frieden – und wir sagen: Wer sich auf die Seite der deutschen Bundesregierung und der NATO stellt, will das nicht!

Antimilitarismus braucht Analysen

Um die Bedingungen für den Frieden zu verstehen, müssen wir Kriegsursachen und Kriegsinteressen analysieren. Wir alle haben auf diesem Gebiet viel zu tun. Einige Punkte möchte ich kurz ansprechen.

Erstens: Wenn wir (imperialismus-)theoretisch begründet sagen, dass der Kapitalismus den Krieg IMMER in sich trägt wie die Wolke den Regen, dann heißt das nicht, dass es IMMER und überall offen ausgetragenen Krieg gibt. Die EU-Osterweiterung hat z. B. vorrangig mit politischen



Antikriegstagedemo 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)

und ökonomischen Mitteln die expansiven Interessen des deutschen Kapitals bedient.

Aber die Entwicklungen in der kapitalistischen Weltordnung verstärken die Kriegsgefahr seit Jahren. Unter den kapitalistischen Mächten nimmt – vor allem mit dem Aufstieg Chinas – die offen ausgetragene Konkurrenz zu, nicht nur in Form von Wirtschaftskriegen.

Die konkurrierenden Interessen zwischen imperialistischen Blöcken plus Hochrüstung und NATO-Expansionspolitik: Das ist seit Jahren immer deutlicher das Rezept für zukünftige Katastrophen, auch wenn dies vom Großkapital und den imperialistischen Staaten bedauerlicherweise als der Weg zur Absicherung der Kapitalakkumulation angesehen wird. „We are in a competition with China to win the 21st century“, sagte US-Präsident Biden beim G7-Gipfel 2021.

Im globalen Neuordnungskonflikt ist China der Hauptgegner – und in dieser Konfrontation ist auch eine Schwächung Russlands für die USA und die von Deutschland angeführte EU von Bedeutung.

Zweitens: Der Krieg in der Ukraine ist nicht allein einer Verrücktheit Putins entsprungen. Er ist zum einen ein Regionalkrieg, für dessen Verständnis der Maidan-Putsch 2014, der darauf folgende Bürgerkrieg in der Ostukraine und die Macht faschistischer und antirussischer Kräfte in der Ukraine wichtig ist.

Der russische Angriff auf die Ukraine ist aber auch eine – brutale, falsche und auf diversen Fehleinschätzungen beruhende – Antwort darauf, dass die westlich-imperialistischen Kräfte seit Jahren versuchen, Russland klein zu halten und die eigenen Interessen im Rahmen einer zunehmenden Ausdehnung der NATO und der EU nach Osten abzusichern.

Die NATO ist kein defensives Verteidigungsbündnis! Ganz im Gegensatz zu den verbalen Versprechungen, die zu Beginn der Perestroika gemacht wurden, ist die NATO-Politik konfrontativ und aggressiv bis an die Grenze Russlands expandiert – mit der ersten NATO-Osterweiterung von 1999, mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien, mit der 2. NATO-Osterweiterung von 2004, mit den westlich unterstützten bunten Revolutionen, mit der Zusage von 2008, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, mit verstärkten Manövertätigkeiten und mit der Sta-



Antikriegstagsdemo 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)

tionierung von Battle Groups in Osteuropa, mit der massiven Aufrüstung der Ukraine und so weiter.

Es wäre naiv, davon auszugehen, dass das nichts mit der aktuellen Situation zu tun hat!

Drittens: Die Vorgeschichte zum Krieg in der Ukraine beginnt auch hier in Deutschland: Nicht nur, weil es als Juniorpartner der USA die NATO-Politik gegenüber Russland mitverfolgt hat, sondern auch, weil die Bundesregierung 2014 den Maidan-Putsch unterstützt hat – u. a. um zu gewährleisten, dass die Ukraine an die EU angeschlossen wird und nicht an die von Russland dominierte Eurasische Wirtschaftsunion.

Russland wurden systematisch die Möglichkeiten aus der Hand genommen, den eigenen regional-imperialistischen Einfluss in der Ukraine wirtschaftlich und politisch aufrecht zu halten.

Viertens: In diesem Zusammenhang spielt auch der Platz, den Russland heute in der globalen kapitalistischen Ordnung hat, eine Rolle. Die politische Ökonomie Russlands wurde nach 1990 durch eine neoliberale Schocktherapie, durch Deindustrialisierung insbesondere im Bereich von Schlüsselindustrien und Hochtechnologien und durch seine Rolle als Rohstofflieferant geprägt – was auch die Macht der entsprechenden russischen Großkonzerne und Oligarchen gestärkt hat. Zugleich hat Russland aber z. B. eine starke Rüstungsindustrie und ist Atommacht.

Der ökonomische Abstieg Russlands im kapitalistischen Weltsystem und die aggressive NATO-Politik rechtfertigen aber natürlich nicht den Angriffskrieg in der Ukraine.

Russland hat diesen Krieg aus einer Position der ökonomischen und politischen Schwäche heraus begonnen. Es vertritt aber regional-imperialistische, in der Ukraine vor allem geostrategische Interessen der in Russland herrschenden Oligarchen.

Fünftens: Dieser Krieg verschärft die Konfrontation zwischen den Großmächten, und die NATO-Staaten eskalieren ihn weiter – durch die massive Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik und durch ihre Kriegsbeteiligung. Das ist brandgefährlich! Niemand kann ausschließen, dass

die Konfrontation mit Russland in Osteuropa in einer offenen Konfrontation zwischen Atommächten endet.

Die Ukraine wird zum Battle Field eines langfristigen Konflikts gemacht. Verhandlungsoptionen schließt die Bundesregierung so lange aus, bis das russische Militär das ukrainische Territorium verlässt – das heißt: Es wird nicht verhandelt. Das ist spätestens mit der Lieferung nicht nur leichter Waffen (um die russische Armee aufzuhalten), sondern auch schwerer Waffen klar.

Es wird also nicht verhandelt, es wird Krieg geführt! Man will offenbar verhindern, dass die eigene imperialistische Politik gen Osten bei Verhandlungen auch auf den Tisch kommen müsste. Den Blutzoll zahlen die Männer, die zum Krieg gezwungen werden, und ein Großteil der Bevölkerung in der Ukraine.

Aber dieser Krieg KANN in seiner offen militärisch ausgetragenen Form akut nur über Verhandlungen beendet werden. Deshalb: Tun wir, was wir von HIER aus tun können: Stoppen wir die Kriegspolitik der Bundesregierung, die ernsthafte Verhandlungen und den Frieden unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten verhindert.

Verhindern wir, dass mit der Parole „Nie wieder Krieg“ im Rücken Pro-NATO-Positionen verbreitet werden! Friedenspolitik darf nicht von der Kritik der NATO und der Militarisierung hierzulande abgekoppelt sein.

Nochmal: Das heißt aber nicht, dass wir Verständnis für den Angriffskrieg Russlands haben.

Richtig bleibt: Unser Hauptfeind steht im eigenen Land – das heißt aber nicht, dass es keine anderen Feinde gibt. Vielmehr bedeutet das: Wir müssen die Vorgeschichte dieses Krieges verstehen, um zu verstehen, warum die Zeichen hierzulande NICHT auf Frieden gestellt werden.

Uns stehen in den nächsten Monaten große Abwehrkämpfe bevor. Erstens gegen Aufrüstung und Militarisierung; zweitens gegen die antisoziale Kürzungs- und Energiepreispolitik, die sich weiter verschärfen wird. Da ist schon jetzt die Diffamierung linker Gegenbewegungen in vollem Gange.

Wir kämpfen dagegen, dass kapitalistische Interessen mit Waffengewalt vertreten werden.

Wir frieren nicht für eure Kriege!

Nein zur NATO-Erweiterung und zur Stationierung von NATO-Truppen in Italien und in Osteuropa!

Nein zur Beteiligung der NATO und Deutschlands am Krieg in der Ukraine!

Gegen Aufrüstung, Wirtschaftskrieg und Waffenexporte!

Abzug russischer Truppen!

Lühr Henken

Zeitenwende: Aufrüstung, Militarisierung und Waffenexporte

Mit seiner Zeitenwende-Rede hat Kanzler Olaf Scholz und die Ampel-Koalition ihr Füllhorn über die Bundeswehr ausgeschüttet. 100 Milliarden Euro für neue Waffen, im Grundgesetz verankert, sollen dazu dienen, gigantische Rüstungsvorhaben über viele Jahre abzusichern, und dazu beitragen, dass dauerhaft zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung ins Militär fließt. Die zwei Prozent sollen schon 2022 erreicht werden und nicht erst 2031, was Kramp-Karrenbauer 2019 festgelegt hatte. Das bedeutet einen gewaltigen Anstieg der Ausgaben. Konkret: in den Jahren seit 2014 war der Anstieg pro Jahr nominal im Durchschnitt 7,5 Prozent. Verzeichnete die NATO für Deutschland 2014 nach ihren Kriterien – und nur die gelten – Ausgaben von 34,75 Mrd. Euro (1,19 Prozent des BIP) schätzt sie die nominalen Ausgaben für 2021 auf 53,03 Mrd. Euro (1,49 Prozent des BIP). Für dieses Jahr taxiert die NATO die deutschen Ausgaben auf 55,6 Milliarden Euro, was 1,44 Prozent des BIP entspräche.

Für kommendes Jahr soll erstmals aus dem 100 Milliarden „Sondervermögen“ Geld genommen werden: 8,5 Milliarden. Nach Kriterien der NATO dürften die deutschen Ausgaben damit auf 64 Milliarden hochschnellen. Ein gewaltiger Sprung um 15 Prozent nach oben. Mit 1,6 Prozent des BIP ist das Zwei-Prozent-Ziel auch im nächsten Jahr noch nicht erreicht, obwohl Scholz es im Februar anders verkündet hat.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Ampel es aufgegeben hat. Der Bundestagsbeschluss von Anfang Juni sieht vor, dass die zwei Prozent im Durchschnitt von fünf Jahren erreicht werden sollen. Da man in diesem Jahr und im nächsten unter den zwei Prozent bleibt, muss man in den Jahren ab danach mehr als zwei Prozent ausgeben. Das bedeutet, dass von 2023 auf 2024 mit einem Plus von 50 Prozent zu rechnen ist.

Meine Prognose: in zwei oder drei Jahren werden die deutschen Militärausgaben explodieren und die 100 Milliarden Euro-Grenze durchbrechen. Diese Ausgabenhöhe würde sich entsprechend des Bruttoinlandsprodukts bis 2030 und weit darüber hinaus fortsetzen.

Mit dieser Ausgabenhöhe wird ein langfristiger Plan verfolgt. Wohin es geht, verkündete Scholz Ende Mai: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen.“ Das heißt, Großbritannien und Frankreich sollen mit dem Aufrüstungsprogramm überflügelt werden.

Finanziert werden sollen damit gewaltige Rüstungsprojekte, die schon seit Jahren aufgelegt sind, für die es bisher nur keine Finanzierung gab. Als

Argument gilt der Ukraine-Krieg, aber dafür sind die Projekte gar nicht gedacht.

Mit dem Geld soll früher als geplant eine Verdopplung der konventionellen Schlagkraft der Bundeswehr erreicht werden. Nicht erst in 10 Jahren, sondern Jahre früher. Das zeigt sich vor allem daran, dass zwei der für 2031 der NATO versprochenen drei Heeres-Divisionen schon 2027 Gewehr bei Fuß stehen sollen.

Die Hälfte der Luftwaffe wird in den kommenden zehn Jahren erneuert. Herausragend darin: 35 Tarnkappenbomber F-35 für die Nukleare Teilhabe der NATO, die in den USA gekauft werden, um US-Wasserstoffbomben von Büchel aus speziell gegen verbunkerte Ziele in Russland einsetzen zu können, sowie 15 Eurofighter zur Ausschaltung der russischen Flugabwehr. Macht etwa 14 Milliarden Euro.

Die Marine vergrößert ihre Flotte. Bis 2032 bei Überwasserkampfschiffen um 80 Prozent, bei U-Booten um ein Drittel. Auffallend ist, dass die Kriegsschiffe immer größer werden und zunehmend von See an Land schießen können. Die Flotte soll weltweit dauerhaft einsetzbar werden.

Auffallend ist auch, dass das militärische Ausgreifen in den Pazifik sehr zunimmt, sowohl bei Marine und Luftwaffe als auch beim Heer - durch Teilnahme an Manövern. Generalinspekteur Zorn sagt: „So wollen wir unsere Präsenz in der Region verstetigen.“ Klarer Fall, die Bundeswehr wird auf China ausgerichtet.

Die für Deutschland kostspieligsten Projekte sind FCAS und MGCS. Beide sollen aus den 100 Milliarden finanziert werden. FCAS ist ein nuklearfähiges Luftkampfsystem der Zukunft mit Kampfdrohnen wie den Eurodrohnen und Drohnenschwärmen, wobei Künstliche Intelligenz im Zentrum steht. Dassault und Airbus sollen FCAS gemeinsam



Antikriegstagsdemo 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)

bis 2040 entwickelt haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Militärsparte von Airbus vor allem als deutscher Konzern gilt, der zwei Drittel des FCAS-Auftragsvolumens beansprucht.

FCAS übertrifft an Gigantomanie alles. Mit 100 Milliarden Euro Entwicklungskosten und einem Umsatz von 500 Milliarden Euro wird es fünfmal gigantischer als das bisher größte europäische Projekt Eurofighter. Mit FCAS soll die EU unabhängig von den USA eine strategische Autonomie erringen. Ziel ist es, eine globale Luftüberlegenheit zu schaffen. Scholz verfolgt FCAS ebenso mit höchster Priorität, das hat er in seiner Zeitenwende-Rede gesagt, wie das ebenfalls deutsch-französische Panzerprojekt MGCS. Hier will man unter deutscher Führung eine neue Generation von Kampfpanzern bis 2035 entwickeln, mit der dank des Einsatzes von Hochgeschwindigkeitswaffen und Robotik jede Panzerschlacht gewonnen werden soll.

In letzter Zeit wurden vor allem führende Stimmen aus der SPD lauter, die von der EU eine „geopolitische Bedeutung“ einfordern, wie der SPD-Vorsitzende Klingbeil. Aber auch Scholz forderte, die Reihen zum „Aufbau einer europäischen Verteidigung bei technologischer Souveränität“ zu schließen. In seiner Prager Rede forderte er nachdrücklich Mehrheitsentscheidungen der EU, um „einem weltpolitikfähigen geopolitischen Europa deutlich näher zu kommen“. Ziel sei es, „Einsätze einer Gruppe von Mitgliedstaaten anzuvertrauen, die dazu bereit ist – sozusagen einer ‚Koalition der Entschlossenen‘.“

Die Welt sollte aufhorchen, wenn führende Politiker der größten Regierungspartei eines Landes, von dem die beiden Weltkriege ausgingen, Klingbeil und Scholz, hierbei einen deutschen Führungsanspruch formulieren. Klingbeil wörtlich: „Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.“

Denn zu bedenken ist folgendes: Da Deutschland als größte Wirtschaftsmacht Europas die höchsten Militärausgaben anstrebt und bei den Mega-Militärprojekten die technologische und finanzielle Führung beansprucht, formuliert die SPD-geführte Bundesregierung nichts weniger als den Anspruch, die EU mit Deutschland an der Spitze zu einer militärischen Weltmacht ausbauen zu wollen.

Aber das ist längst nicht alles. Großes Ungemach droht von jenseits des Atlantiks.

Mit der Stationierung von US-amerikanischen Hyperschallwaffen droht Europa ein Déjà-vù. Wie vor 40 Jahren die Pershing II sollen sie nur einem Zweck dienen, die russische Führung mit einem Enthauptungsschlag eliminieren zu können.

Dark Eagle hat 12-fache Schallgeschwindigkeit, trifft mit konventionellem Gleitsprengkopf punktgenau, ist im Flug manövrierfähig und kann nicht abgefangen werden. Jedenfalls bisher nicht. Sie sollen von Wiesbaden aus kommandiert werden. Die US-Soldaten dafür sind seit November im Land. Übrigens dieselbe Truppe mit ihren

Kanonieren, die damals in Grafenwöhr für die Pershing II zuständig waren. Die Flugzeit von Bayern nach Moskau beträgt 10 Minuten. Im nächsten Jahr schon muss mit der Stationierung von Dark Eagle gerechnet werden.

Das darf nicht passieren, weil es hochgradig destabilisierend in Europa wirkt und Russland geradezu zu militärischen Präventivmaßnahmen einlädt, die auf Deutschland zielen. Was wären die Folgen davon?

Die Bevölkerung hat von diesen US-Machenschaften bisher keine Ahnung. Es muss vor allem Öffentlichkeit erzeugt werden.

Anfang der 80er Jahre war der Krefelder Appell deshalb so erfolgreich, weil er eine Einpunkt-Forderung beinhaltete, und Unterschriftensammlungen zur Mobilisierung führten. Neue Friedensinis entstanden in Stadt und Land, in Betrieben und Gemeinden. Ich finde, wir sollten an dieser Methode anknüpfen.

Lühr Henken, ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

Es handelt sich bei dem Text um das Eingangsstatement von Lühr beim Panel 2 des Runden Tisches der Friedensbewegung, der auf Einladung der Linksfraktion im Bundestag am 9.9.22 im Deutschen Bundestag, Paul-Löbe-Haus, stattfand. Die Fußnoten wurden hier weggelassen. Mit Fußnoten findet ihr den Text in unserer Website.



Antikriegstagsdemo 2022
(Foto: Gert Krützfeldt)

politische und wirtschaftliche Interessen von Banken und Konzernen. Waffen in die Ukraine, NATO-Osterweiterung, deutsches Militär an den Grenzen zu Russland, vor den Toren Chinas und in anderen Ländern, Modernisierung der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen, 100 Milliarden und jährlich 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Aufrüstung. So machen sie unser Land zum Mittäter und zugleich sehenden Auges zum möglichen Schlachtfeld des drohenden Krieges.

Der Kriegspolitik der „Ampel“ wird inzwischen alles andere untergeordnet.

Ihre Politik ist ein Schlag ins Gesicht aller, die schon jetzt nicht wissen, wie sie über den Monat kommen. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland, die Spekulationen der Energiekonzerne sowie die unsoziale Gasumlage treiben die Energie- und Lebensmittelpreise. Millionen Menschen werden ihre Heizkosten nicht mehr bezahlen und ihre Kinder nicht mehr gesund ernähren können. Die Entlastungspakete reichen hinten und vorne nicht.

Hunderttausende von Arbeitsplätzen werden dieser Politik geopfert: Es droht eine Pleitewelle bei Handwerkern und in vielen anderen kleinen und mittleren Betrieben. Es droht die Verlagerung energieintensiver Betriebe ins Ausland z. B. auch der Aluminium- und Stahlproduktion in Hamburg. Wenn dann noch die von den USA verlangten und von Habeck vorbereiteten Sanktionen gegen Deutschlands größten Handelspartner China umgesetzt werden, gehen auch im Hafen viele Lichter aus.



teuertes Fracking-Gas aus den USA, das mit Schweröltankern nach Europa kommt.

Die Herrschenden tun alles, um den aufkeimenden Protest zu verhindern und zu spalten. Wider besseres Wissen verteufern sie ihn als Putin in die Hände spielend und von rechts vereinnahmt. Damit leisten sie Schützenhilfe für rassistische und faschistische Kräfte, denen es durch dieses gezeichnete Bild einfacher fallen wird, die ehrlichen Anliegen vieler Menschen für soziale Gerechtigkeit für sich zu vereinnahmen. Wir lassen uns nicht beirren.

Wurden jemals Sanktionen gegen die USA wegen ihres Angriffskriegs gegen den Irak oder gegen Saudi-Arabien wegen ihres Kriegs gegen den Jemen verhängt? Nein.

Es waren lediglich antimilitaristische Aktionen europäischer Hafenarbeiter, die einige Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet verhinderten.

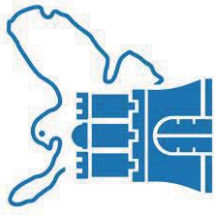
Wir wollen einen heißen Herbst des Widerstandes in den Betrieben und auf der Straße, um in einem kalten Winter nicht zu frieren.



Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September, wir organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Hintergründen von internationaler Macht- und Kriegspolitik und rufen zu Demonstrationen gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Kriegsbeteiligung auf.

Weitere Informationen: www.hamburgerforum.org



HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Wir fordern:

- Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete – ausnahmslos! Stattdessen Diplomatie, Dialog und Kooperation.
- Kein Rüstungsumschlag über den Hamburger Hafen!
- 100 Milliarden für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung statt für Aufrüstung!
- Keine Bundeswehreinsätze im Ausland!
- US-Atomwaffen raus aus Deutschland! Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnen!
- Stopp der Wirtschaftssanktionen, unter denen die Menschen nicht nur hierzulande, sondern weltweit leiden!
- Die Reichen sollen für die Krise zahlen!
- Energie- und Lebensmittelpreise senken! Weg mit der Gasumlage! Nord Stream 2 in Betrieb nehmen!
- Keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, kein Fracking-Gas, stattdessen zügiger Ausbau erneuerbarer Energien und die Überführung der großen Energiekonzerne in gemeinwohlorientierte Unternehmen!

Dezentraler Aktionstag der Friedensbewegung am Samstag, 1.10.

Demonstration in Hamburg:

**Auftakt: 12 Uhr, Altonaer Bahnhof,
Ottenser Hauptstraße**

Abschluss: 14.30 Uhr, Fischmarkt

Demonstration zum dezentralen bundesweiten Aktionstag, Samstag, 1.10.

**Auftakt: 12 Uhr, Altonaer Bahnhof,
Ottenser Hauptstraße**

Abschluss: 14.30 Uhr, Fischmarkt

Frieden! Abrüstung! Keinen Wirtschaftskrieg, der die Menschen in den Ruin treibt!

Die Kriege in der Ukraine, im Jemen und vielen weiteren Ländern zeigen erneut, welches Leid und welche Verheerung militärische Konflikte verursachen. Millionen Menschen auf der Flucht; gefallene und von Bomben zerfetzte junge und alte Menschen; Hunger und Elend. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter den Folgen solcher Kriege leiden.

Wir wollen Frieden und der ist weltweit so bedroht wie lange nicht mehr: Russlands zu verurteilender Angriff auf die Ukraine, das ebenso zu verurteilende Anheizen dieses Krieges durch die USA/NATO und die Provokationen um Taiwan ... all das zeigt: Der Kampf um die Vorherrschaft in der bisher von den USA militärisch dominierten Welt hat sich dramatisch verschärft.

Die Regierenden hierzulande drehen an der Seite der USA mit an der Eskalationsschraube und verfolgen dabei auch eigene